

„Bürgerhilfevereine als selbstorganisierte Initiativen der Daseinsvorsorge?“

Unter anderem (kommunal-)politisch angeregt, sind in den letzten Jahren bundesweit zahlreiche selbstorganisierte Bürgerhilfevereine entstanden, die selbstorganisierte Unterstützungsangebote insb. für ältere Menschen in der Gemeinde bereitstellen. Wir gehen entlang unserer empirischen Ergebnisse aus zwei Untersuchungsorten in Osthessen der Frage nach, inwieweit das Engagement in Bürgerhilfevereinen den Anrufungen aus Gesellschaft und Politik an Ältere, Mitverantwortung für die sozialen Aufgaben der Daseinsvorsorge in der Kommune zu übernehmen, tatsächlich entsprechen kann.

Konzepte, die „auf zunächst rationalen Hilfebeziehungen“ beruhen und „die etablierten Strukturen der Versorgung im Alter durch Elemente Bürgerschaftlichen Engagements“ ergänzen hat Rosenkranz unter dem Sammelbegriff der „Senioren-genossenschaft“ gefasst (2015: 13).

Ohne hierbei die Rechtsform der Genossenschaft verbindlich vorauszusetzen, sind hier auch Tauschbörsen, Zeitbanken, Nachbarschaftshilfen und Wohnprojekte – und Bürgerhilfevereine gemeint. Diese könnten „als selbstorganisiertes Zukunftsmodell“, so die politische und wissenschaftliche Hoffnung, „etablierte Formen sozialer Dienste und kommunaler Daseinsvorsorge“ (ebd.) ergänzen.

Das Forschungsprojekt **„Bürgerhilfevereine und Sozialgenossenschaften als Partner der Daseinsvorsorge – Modellentwicklung zur ergänzenden Hilfeleistung für ältere Menschen in ländlichen Räumen“ (BUSLAR)** stellt das Engagement in solchen Initiativen, insb. in sogenannten Bürgerhilfevereinen ins Zentrum. Das Praxisforschungsprojekt wird seit 2014 vom BMBF gefördert und ist ein Verbundprojekt der Hochschule Fulda und der Hochschule für angewandte Wissenschaften München. Da die Frage nach neuen Formen ergänzender Unterstützungsdienstleistungen gerade in ländlichen Regionen von Bedeutung ist, die von einem Bevölkerungsrückgang und in der Folge einer Alterung der Wohnbevölkerung sowie der Ausdünnung von Infrastrukturen gekennzeichnet sind, bezieht sich dieser Beitrag auf die Erkenntnisse aus zwei ländliche Flächengemeinden in Osthessen, in denen jeweils vor etwa fünf Jahren „Bürgerhilfevereine“ gegründet wurden. Sie haben damit unaufgefordert und als solches unerkannt, Aufgaben der Daseinsvorsorge übernommen. Dabei beziehen wir uns auf ein Verständnis von Daseinsvorsorge, das im jüngst veröffentlichten Siebten Altenbericht in einer doppelten Strategie Bedeutung gewinnt: „Zum einen bestimmt sie für die Einzelnen ganz wesentlich die Rahmenbedingungen zum Leben, ihre Chancen zur Selbstverwirklichung und ihre Lebensqualität. Zum anderen beeinflusst die Qualität der Daseinsvorsorge aber ebenso wesentlich die Standortqualitäten und damit die Zukunftschancen eines Ortes oder einer Region im interkommunalen Vergleich“ (Deutscher Bundestag 18/10210, S. 33f).

Das Projekt untersucht die Strukturen von Bürgerhilfevereinen und ihre Reichweite als Partner der Daseinsvorsorge in diesem Sinne. In Zusammenarbeit mit zwei solcher Bürgerdienste wurden partizipativ, orientiert an den Bedürfnissen der älteren Menschen vor Ort, die Unterstützungsangebote (weiter)entwickelt und versucht, diese mit der Angebotsstruktur der

öffentlichen Daseinsvorsorge sowie den Pflegedienstleistern lokal und regional zu verknüpfen.

Der handlungsforschende Ansatz zielt darauf, das Potenzial von selbstorganisierten Bürgerhilfevereinen in unterschiedlich strukturierten ländlichen Räumen als Formen sorgender Gemeinschaften (vgl. Kruse 2013; Alisch/May 2013) zu rekonstruieren, das Engagement zu fördern und nachhaltige Trägerformen für diese Hilfeangebote partizipativ zu entwickeln und zu begleiten. Es wurden Ziele formuliert, die aus drei Perspektiven die Bürgerhilfevereine in den Blick nehmen:

1. Ziele in einer Governance-Perspektive:

- Lokale und regionale sozialräumliche und politische Rahmenbedingungen analysieren;
- Unterstützen der Netzwerkbildung zwischen Bürgerhilfeorganisationen und öffentliche Daseinsvorsorge und Pflegedienstleistern;

2. Ziele in einer Bedürfnis-Perspektive:

- Interessensorientierungen in den Bürgerhilfeorganisationen ermitteln;
- Bedürfnisse älterer Menschen in der Region verstehen;

3. Ziele einer Organisationsentwicklung:

- Stärkung der Bürgerhilfeorganisationen als lokale selbstorganisierte Gemeinschaften;
- Stabilisierung des Engagements durch tragfähige Organisationsmodelle.

In der sozialen Praxis der beiden Vereine lassen sich grob zwei Bereiche von Angeboten unterscheiden: Zum einen die konkreten Dienstleistungen rund um die Alltagsorganisation. Hier werden jeweils hilfsbereite Mitglieder angesprochen, um jemanden zum Arzt zu fahren, im Haushalt auszuhelfen oder den Einkauf zu erledigen. Zum anderen organisieren beide Vereine regelmäßige oder punktuelle Veranstaltungen, in denen es in erster Linie darum geht, soziale Kontakte in geselliger Runde zu knüpfen oder zu erhalten. In Form von Kaffeenachmittagen, Erzählcafés oder Ausflügen finden sich so niedrighschwellige lose Gemeinschaften gemeinsamer Interessen.

Die bisherigen Erkenntnisse aus diesem Praxisforschungsprozess deuten auf besondere Herausforderungen für solche Initiativen in ländlichen Räumen:

In dem Verhältnis zwischen den Engagierten in Bürgerhilfevereinen, den älteren Menschen als ihre AdressatInnen und den kommunalen und professionellen Akteuren eines Aufgabenbündels, das als Daseinsvorsorge zusammengefasst wird, lassen sich Herausforderungen auf unterschiedlichen Ebenen herausarbeiten:

Die Aufgabenverteilung und die Leistungserbringung der Bürgerhilfevereine in ländlichen Räumen lässt sich nur dann nachhaltig entwickeln, wenn es gelingt, die Balance zwischen den Bedürfnissen älterer Menschen (als Nutzende) und den Interessen der engagierten Vereinsmitglieder (als Anbietende von Unterstützungsdienstleistungen) herzustellen.

Mit dem Handlungsforschungsprojekt soll es in der letzten Projektphase gelingen, die Engagierten in den Hilfevereinen stärker für diese meist nicht direkt artikulierten Bedürfnisse zu sensibilisieren. Das bedeutet auch, die aus den problemzentrierten Interviews erkennbare unterschiedliche Bewertung von (wichtigen) Unterstützungsdienstleistungen und (weniger wichtigen) sozialen Veranstaltungen der „Geselligkeit“, wie sie die Engagierten selbst vorgenommen haben, abzubauen. Vielmehr sollten niedrigschwellige soziale Angebote als wichtige Voraussetzung für den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses verstanden werden, welches die Inanspruchnahme von Hilfeleistungen erleichtert.

Selbstorganisierte Bürgerhilfevereine können es weder mittel- noch langfristig leisten, als „Co-Produzenten“ der Daseinsvorsorge die Kommunen und Landkreise zu entlasten. Vielmehr müssen diese darin investieren, die selbstorganisierten Dienste der Vereine zu fördern und zu stützen.

Ihre wichtige Funktion zum Erhalt der ländlichen Gemeinwesen gilt es wahrzunehmen und auszubauen. Daseinsvorsorge verstanden als der Erhalt von lebendigen Ortschaften, in welchen den Bewohnerinnen und Bewohner der Zugang zu den Gütern der Gesellschaft ermöglicht wird, kann sich dann auf die zivilgesellschaftlichen Akteure stützen.

Prof. Dr. habil. Monika Alisch
Hochschule Fulda
Fachbereich Sozialwesen und
CeSSt Zentrum Gesellschaft und Nachhaltigkeit der Hochschule Fulda
Leipziger Straße 123
36037 Fulda
Monika.alisch@sw.hs-fulda.de
0661 9640 232

Prof. Dr. habil. Martina Ritter
Hochschule Fulda
Fachbereich Sozialwesen und
CeSSt Zentrum Gesellschaft und Nachhaltigkeit der Hochschule Fulda
Leipziger Straße 123
36037 Fulda
Marrtina.ritter@sw.hs-fulda.de
0661 9640 201

www.buslar.de